

**Rede des
Stellvertretenden Ministerpräsidenten
Francesco Rutelli
an der Freien Universität
„Europa in der Krise: können Italien und Deutschland zum politischen und institutionellen
Wiederaufleben beitragen?“**

Berlin, 12. Juli 2006

Herr Vizepräsident, Professor Hempfer,
Herr Botschafter,
liebe Studentinnen und Studenten der Universität,
meine Damen und Herren,

es ist für mich ein Grund zur Freude und eine Anerkennung heute in einer Universität zu sein, die zu den Symbolen unserer modernen Geschichte und Kultur gehört.

In den Fluren und Sälen der Freien Universität atmet man jene Freiheit, die im Namen dieser Einrichtung, aber mehr noch im Willen jener Professoren und Intellektuellen enthalten ist, die nach ihrer Verbannung in den sowjetischen Bereich der Stadt hier im ehemaligen amerikanischen Sektor diesen Ort des Studierens und der freien Forschung einweihten.

Ich empfinde eine besondere Verantwortung, wenn ich heute als Kulturminister der italienischen Regierung über die europäische Perspektive spreche.

Ich glaube, daß sich die großartige tausendjährige Frage nach dem Weg der Kulturen, welche die Europäer einen und voneinander unterscheiden, entwickeln läßt, indem man sich vollständig die Worte zueigen macht, die Claudio Magris vor zehn Jahren niederschrieb:

„Es beginnt eine Zeit, in der die Reise nach Italien – oder nach Deutschland – kein Mythos, keine Begegnung mit dem Anderswo, keine Berührung mit dem Garten Eden und kein Herabsteigen in die Hölle bedeutet, sondern viel einfacher eine Reise im eigenen Zuhause, in ein anderes Zimmer

des gemeinsamen Hauses, das genauso reich, bildend und abenteuerlich sein kann wie die plötzliche geheime Flucht Goethes nach Italien, in jener Morgendämmerung des Septembers 1786 mit einem falschen Paß.“

Fünfzig Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März ist nun Deutschland an der Reihe, die großartige Gedenkveranstaltung der goldenen Hochzeit Europas auszurichten.

Dies wird mit der Erklärung von Berlin geschehen, einer politischen Erklärung der Führungsspitzen der EU, deren Aufgabe darin bestehen wird, „die Werte und Bestrebungen Europas zu erläutern“ und „das gemeinsame Engagement zum Hervorbringen von Ergebnissen zu bestätigen“. So lautet die vom Europäischen Rat erarbeitete Definition.

So wie die Erklärung von Messina von 1955 den Römischen Verträgen die Tür geöffnet hat – wird uns so auch die Berliner Erklärung helfen, zum Verfassungsvertrag zu gelangen?

Seit über einem Jahr befindet sich die Union nun in einer Situation des Stillstandes. Das Nein bei den Referenden zum Verfassungsvertrag in Frankreich und Holland hat die Europäer in eine der ernstesten Krisen dieser fünfzig Jahre gestürzt. Die „Denkpause“, die am Tag nach dem Scheitern des Vertrags in zwei Gründerstaaten gefordert worden war, hat sich in eine Phase der Tatenlosigkeit verwandelt. Wir müssen vermeiden, daß daraus eine Identitätskrise wird.

Einige sind der Ansicht, die Europäische Union sei Opfer ihres Erfolgs. Sie hat die Ziele erreicht, die sich die Gründerväter gesteckt hatten: Frieden, Stabilität, wirtschaftlichen Wohlstand, Einheit eines Kontinents, der bis vor wenigen Jahrzehnten Kriegsschauplatz war und den der eiserne Vorhang teilte.

Die Union hat sich mit einem außergewöhnlichen Instrument ausgestattet, dem Euro, der sich als wesentliches Element für Erfolg und Integration erwies. In vielen Ländern zeigt die öffentliche Meinung mit dem Finger auf die durch den Euro bedingten Probleme und in den Führungsklassen werden die Mängel einer Währungsunion hervorgehoben, die nicht auch eine Wirtschaftsunion ist. Dies gilt auch für einen Stabilitätspakt, der nicht – was er eigentlich sein sollte – auch ein Pakt des Wachstums ist.

Wir müssen unseren Mitbürgern viel überzeugter klarmachen, wie schwerer die Auswirkungen der Ölkrise ohne den Euro wären, und mit Blick auf mein Land, welchen Preis die Familien und Unternehmen zahlen würden, wenn wir anstelle des Euro noch die Lira hätten!

In der Haushaltskrise des letzten Jahres hat Deutschland mit seiner Kanzlerin Angela Merkel wieder einmal eine Fähigkeit gezeigt, vernünftige, ausgewogene Kompromisse für das Gemeinwohl Europas überwiegen zu lassen. Dennoch ist es allarmierend, daß sechs spannungsreiche Monate unter den Mitgliedstaaten notwendig waren, um zu einem ziemlich begrenzten Übereinkommen zu gelangen, dessen Eckpunkte von Anfang an für alle hätten klar sein müssen.

Die Krise, die Europa heute erlebt, muß überwunden werden, um gemeinsame Werte erneut zu bestätigen, um auf politischer und weltwirtschaftlicher Bühne die gemeinsamen Interessen der europäischen Völker geltend zu machen und um die neuen Herausforderungen anzugehen. Europa muß heute viel mehr als gestern angesichts der epochalen Herausforderungen einer sich verändernden Welt geeint handeln: Globalisierung der Wirtschaft, Konkurrenz der asiatischen Mächte, geopolitische Krisen, die sich vervielfachen, strategische Engpässe im Energiebereich.

Um es im Sinne der Worte von Antoine de Saint Exupéry auszudrücken: „Wir haben uns zu lange einander in die Augen geblickt, nun müssen wir zusammen in dieselbe Richtung schauen“. Auch in einer Krise verbirgt sich eine großartige Chance.

Wir müssen wieder die tiefen Gründe unseres Zusammenseins miteinander teilen, verstehen, wohin wir gehen wollen, wir müssen uns entscheiden und uns mit Handlungsinstrumenten ausstatten.

Daher ist es ganz aktuell, zu unseren Ursprüngen zurückzukehren, zu unseren gemeinsamen Gründervätern. Zu ihnen gehören Schumann und Monnet, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi. Zwei große Staatsmänner, die sich in vieler Hinsicht ähnlich waren: in ihren gemeinsamen christlichen Wurzeln, in der Vision eines politischen Europas, das auch von der transatlantischen Entscheidung, von der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung ausging. Adenauer und De Gasperi lernten sich bereits 1921 während eines Besuchs De Gasperis in Köln kennen; die

Phase ihrer Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit gehörte zu den glücklichsten Abschnitten der Zusammenarbeit zwischen Italien und Deutschland.

Heute haben wir die große Chance, diese Harmonie und einen gemeinsamen europäischen Sinn wiederzufinden, zu dem das Bewußtsein und das Gemeinsame beitragen, die von unseren beiden Ländern ausgehen.

Italien tritt aus einer fünfzigjährigen Phase des Schweigens in Europa heraus – ein Schweigen, das einige Male geräuschvoll aber nicht sehr konstruktiv unterbrochen wurde.

Unsere beiden Länder haben stabile, pro-europäisch eingestellte Regierungen mit einer legislativen Verpflichtung und einer starken Entschlossenheit zusammenzuarbeiten. Wir dürfen die wertvolle Zeit von jetzt an bis März 2007 nicht verschwenden. Diese Monate müssen mit mutiger Entschlossenheit genutzt werden, um zum Voranschreiten des Verfassungsvertrags als unverzichtbarem Instrument für Regierbarkeit, Demokratisierung, und Transparenz der Europäischen Union beizutragen.

Oft wurde der europäische Weg im Lichte der Kraft gesehen, die zu verschiedenen Zeiten vom „französisch-deutschen Motor“ ausging. Aber ich glaube nicht, daß man mir ein Übermaß an Heimatliebe vorwerfen kann, wenn ich daran erinnere, daß es in allen grundlegenden Phasen des Integrationsprozesses eine entscheidende Unterstützung von italienischer Seite gab und daß – insgesamt gesehen - die begrenzten Zeiten, in denen einige italienische Regierungen Europa aus ihren Prioritäten ausblendeten, auch schwierige Momente des Gemeinschaftsprozesses begleitet haben. Aus positiver Sicht denke man nur an die Verhandlungen zur Einheitlichen Europäischen Akte und zum Maastrichter Vertrag. Man denke auch an das visionsreiche und weitsichtige Handeln von Persönlichkeiten wie Altiero Spinelli, der sich so gut in Stellung brachte, um – wenn auch ganz anders als diese – das Werk der Gründerväter zu vollenden.

Im Oktober wird Italien höchstwahrscheinlich für einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für den Zweijahreszeitraum 2007-2008 gewählt. Ich vertraue darauf, daß Italien dann - mit Pragmatismus und Geist für den Dialog – eine wichtige Neuigkeit aus dem Programm der Regierung Prodi einbringen kann. Es handelt sich um den Vorschlag, dem italienischen Botschafter in seiner Delegation einen hohen Beamten der Turnuspräsidentschaft der Europäischen Union an

die Seite zu stellen, sowie einen Delegierten des Hohen Vertreters der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, des zukünftigen europäischen Außenministers.

Was für ein wichtiger Termin, besonders wenn man bedenkt, daß die erste Turnuspräsidentschaft im Januar 2007 ausgerechnet die deutsche sein wird!

Ich sehe eine große Symbolträchtigkeit und ein erhebliches Potential in diesem Termin. Ich bin sicher, daß diese eine gewisse kurzsichtige Rivalität verblässen lassen, welche die Erweiterungsvorschläge der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen betraf. Unser gemeinsamer Trumpf für den Wohlstand unserer Völker und für das Schicksal Europas heißt Europa.

Der Verfassungsvertrag ist nicht tot. Einige wichtige Länder wie das Vereinigte Königreich und Polen haben zwar ihr Zögern gegenüber einer Fortsetzung eines zunehmend schwierig erscheinenden Ratifizierungsprozesses zum Ausdruck gebracht. Aber es besteht eine gemeinsame von allen Staats- und Regierungschefs im Kapitol in Rom bei der Unterzeichnung des Vertrages eingegangene Verpflichtung, bis zum Ende des Prozesses zu gelangen. Sechzehn Länder haben ihn bereits ratifiziert. Zu ihnen gehören die drei großen Länder Deutschland, Italien und Spanien. Bei allen war die Zahl der positiven Stimmen sehr hoch. Nun fehlen noch vier Länder um an die Schwelle der zwanzig Ratifizierungen zu gelangen, die zur Anwendung der Erklärung Nr. 30 des Verfassungsvertrages führen würde. Diese sieht vor, daß „wenn am Ende einer Frist von zwei Jahren ab dem Datum der Unterzeichnung des Vertrages zur Annahme der Verfassung, 4/5 der Mitgliedstaaten den genannten Vertrag ratifiziert haben, und einer oder mehrere Mitgliedstaaten im Ratifizierungsprozeß auf Schwierigkeiten gestoßen sind, die Frage dann dem Europäischen Rat übergeben wird“.

Wir müssen auf einen neuen Anlauf in Frankreich nach den Wahlen 2007 hoffen. Aber der Stillstand in zwei Ländern darf die anderen nicht von der Pflicht entbinden, weiter voranzuschreiten. Wenn innerhalb der festgelegten Termine weitere vier Länder ihren Willen zeigen, den Verfassungsprozeß fortzusetzen, dann steht die Tür für die Suche nach konkreten Lösungen offen. Auch das Europäische Parlament hat sich für die Fortsetzung des Prozesses ausgesprochen.

Wir wissen, daß der politische Terminkalender in Europa in den nächsten Jahren recht kompliziert ist: Wahlen in den Niederlanden in der zweiten Hälfte des Jahres 2006, die französischen Wahlen, dann ab 2007 der EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien. 2008 die Überprüfung der Übereinkunft zur finanziellen Vorausschau und 2009 die Wahlen zum Europäischen Parlament mit der Ernennung der neuen Europäischen Kommission.

Wirklich unverzichtbar ist es, die dringenden institutionellen Probleme zu lösen, nötigenfalls auch auf der Grundlage eines aktualisierten und vereinfachten Textes, besonders im Hinblick auf den Beitritt der neuen Länder. Wenn wir wollen, daß Europa große Aufgaben hat, muß es in erster Linie funktionieren. Das Vetorecht kann nicht mehr die Entscheidungsmethode der Union sein. Die Genscher-Colombo-Initiative gab uns in den achtziger Jahren mit den Worten des damaligen deutschen Außenministers zu verstehen, daß „man kein Land zwingen kann, weiter voranzugehen, als es will, aber dieses Land kann die anderen nicht daran hindern, ihrerseits voranzuschreiten“.

Dies ist der entscheidende Punkt. Nur mit mutigen Entscheidungen können wir den Stillstand überwinden. Daher muß die Ratifizierung der Verfassungsvertrags Hand in Hand gehen mit der Suche nach neuen Lösungen.

Einige dieser möglichen Lösungen wurden bereits 1994 hier in Deutschland von Karl Lamers und Wolfgang Schäuble vorweggenommen, welche die Idee des „Kerneuropas“ aufbrachten oder jene vieler Europa-Befürworter, darunter auch Carlo Azeglio Ciampi, nämlich die der „Spitzengruppe“. Es ist offensichtlich, daß es für die Europäische Union das Beste wäre, mit 25 Mitgliedstaaten und morgen mit 27 weiter voranzugehen, aber ich halte es für unverzichtbar, zur Beantwortung der vor uns liegenden Herausforderungen europäische Initiativen zu starten, die auf der Übereinkunft jener Länder beruhen, die ehrgeizige Ziele miteinander teilen und diese voranbringen wollen.

Es geht nicht darum, exklusive Clubs zu schaffen. Die Tür muß für alle offen bleiben, die schneller vorangehen wollen.

Für diesen Prozeß verwenden wir nicht den formalen Terminus „verstärkte Zusammenarbeit“.

Diese europäischen Initiativen bestehen bereits und haben neue Politiken und neue Institutionen hervorgebracht. Was anderes sind sonst die Eurozone und der Schengener Raum? Dasselbe können wir auch für den Vertrag von Prüm sagen, der sich gerade jetzt öffnet.

Wir müssen die öffentliche Debatte über Europa modernisieren. Dies können wir nur erreichen, indem wir den europäischen Weg mit neuen, gleichzeitig ehrgeizigen und für das europäische Volk verständlichen Zielen versehen.

Vor einigen Tagen hat der hervorragende italienische Architekt Renzo Piano in einem Interview gesagt: „die Modernität beinhaltet die ehrliche Herausforderung, zu unserer Zeit zu gehören“.

Wie kann Europa zeigen, zu unserer Zeit zu gehören, wenn nicht durch eine Antwort auf die Herausforderungen der realen Wirtschaft, der Energie, der Immigration, der internationalen Sicherheit?

Nicht zufällig habe ich diese vier großen Themen angeführt.

Ich denke, daß diese das Terrain für jene europäischen Initiativen sein können, die nicht nur Deutschland und Italien einen, sondern einen harten Kern – der sich nötigenfalls in seiner Zusammensetzung jedes Mal unterscheidet – von Ländern, welche die europäische Integration wieder neu in Gang setzen wollen – während sie trotzdem nicht auf den Verfassungsvertrag verzichten, aber auch nicht auf das Einschlagen anderer Wege.

Ich stimme mit dem belgischen Premierminister Guy Verhofstadt überein: man muß von der Eurozone ausgehen und diese mit einer richtigen „wirtschaftlichen governance“ ausstatten, um sich als dynamischer Wachstumsfaktor und auch als Antwort auf Unsicherheiten in unserer Gesellschaft präsentieren zu können.

Erforderlich sind eine neue Dynamik für die Eurogruppe wegen der Stabilität, aber auch – durch die sehr entschlossene Umsetzung der Strukturreformen, deren Notwendigkeit wir alle kennen, aber in der Praxis nicht genügend berücksichtigen – politische Maßnahmen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation.

Politische Maßnahmen der Europäer, um die Sicherheit und die Perspektiven der Selbstversorgung mit Energie zu stärken.

Politische Maßnahmen der Europäer, um das Problem der Einwanderung zu lenken, über die Notwendigkeit der Integration – auf nationaler Ebene – hinaus.

Politische Maßnahmen der Europäer zur Verteidigung und Sicherheit. In diesem Punkt möchte ich mich sehr klar ausdrücken – und nicht nur, weil ich in einer Universität spreche, die mutig die transatlantische euro-amerikanische Zusammenarbeit gefördert hat: ich glaube nicht an die Perspektive des sogenannten „Multipolarismus“ als Alternative zur westlichen Allianz. Ich denke, daß wir Motivationen und Wege der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten aufbauen müssen, die in jüngster Zeit auf große Schwierigkeiten gestoßen sind. Aber wir gehören und werden auch in Zukunft zum gleichen „Pol“ gehören. Die Debatte und der Dialog mit Rußland, China, Indien und anderen aufstrebenden Mächten müssen an diese wesentliche Säule gebunden werden. Diese besteht aus gemeinsamen Werten, Überlegungen und Interessen, die trotz der Einwände nicht weniger statistischer, wirtschaftlich-finanzieller und geostrategischer Aufzeichnungen sehr aktuell und zum Erhalt bestimmt sind.

Gewiß: Europa muß sich im Rahmen einer stabilen Zusammenarbeit mit einem viel effizienteren Instrument militärischer Zusammenarbeit ausstatten, während sich das Transatlantische Bündnis erneuert und stärkt. Eine pro-transatlantische und eine pro-europäische Einstellung sind keine Gegensätze sondern ergänzen und verstärken sich gegenseitig.

Es geht darum, das weiter auszubauen, was in Wirklichkeit zum Beispiel auf dem Balkan unter europäischer Flagge bereits geschieht. Es muß – wesentlich mehr - gehandelt werden. Wir können dies zusammen mit Großbritannien tun, das in anderen Bereichen europäischer Initiativen, die ich öffentlich genannt habe, nicht an unserer Seite wäre.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Bedeutung der Vorschläge von Ministerpräsident Romano Prodi betonen, als eine Initiative von „willing and able“-Ländern, eine Zusammenarbeit mit dem südlichen Ufer des Mittelmeers aufzunehmen. Diese sollte speziell im universitären Bereich mit genau festgelegten Mitteln und Projekten ausgestattet sein und die Einrichtung einer Bank beinhalten, die konkrete Aktionen zur produktiven Entwicklung fördern kann.

Im übrigen, verehrte Damen und Herren, was für ein Europa stellen wir uns denn vor, wenn es gegenüber den Bürgern nicht von einem gemeinsamen Schicksal im Bereich der Sicherheit, des wirtschaftlichen Wohlstandes und des Dialogs zwischen den verschiedenen Völkern spricht, innerhalb eines besser gelenkten Rahmens von Wanderungsströmen, von der Lenkfähigkeit angesichts der bevorstehenden Energiekrisen?

Entweder kümmert sich Europa um diese Probleme oder die Europäer werden ihr Interesse an Europa verlieren, worin dann auch immer das Wesen oder der Erfolg des Prozesses der institutionellen Zusammenarbeit der Union bestehen mögen.

Denn dann hätte wir ein Europa, das endgültig auf die Rolle des Chors in einer griechischen Tragödie reduziert ist, nämlich der das Handeln anderer zu kommentieren und sehr oft zu klagen.

Ein lateinisches Wort hat sich im europäischen Integrationsprozeß festgesetzt. Ein Wort, das ich liebe, nicht nur als ehemaliger Bürgermeister von Rom: Referendum.

Und dennoch, es sieht so aus als hätten wir Europäer zu Beginn des XXI. Jahrhunderts beim Ansetzen der Referenda über den Verfassungsvertrag das vergessen, was Quintus Tullius Cicero im Jahr 64 vor Christus an seinen Bruder Marcus schrieb in seinem „Handbuch für die Kandidatur zum Amt des Konsuls“, das so reich an Ratschlägen ist: „denke an den berühmten Satz des Epicharm: „die Nerven und die Formen der Weisheit bestehen darin, nicht zu viel Vertrauen zu haben“; also, nachdem du die Zuneigung deiner Freunde gefestigt hast, versuche, auch die Beweggründe und die charakteristischen Merkmale der Anschwärzer und der Gegner zu kennen.“

Meine Damen und Herren, bei den europäischen Referenden war die Zuneigung der Freunde ziemlich lau; die Motivationen der Schwarzseher und der Gegner waren viel ausgeprägter.

Wie Bundeskanzlerin Merkel und Ministerpräsident Prodi bewiesen haben, als sie Seite an Seite auf der Tribüne in Dortmund saßen während des Halbfinals zwischen Deutschland und Italien, es ist möglich, auch nach den härtesten Prüfungen vereint zu bleiben!

Wir sind vor zwei Jahren allzu vertrauensvoll einen Schritt vor der Verwirklichung eines Traumes gelangt: die Erweiterung Europas zusammen mit der Vertiefung der Wirksamkeit seiner institutionellen Instrumente.

Heute müssen wir auf eine grundlegende Frage antworten. Was erwarten sich die Europäer? Ich glaube sie wollen weniger gesichtsloses Europa.

Und – all die umfangreichen wissenschaftlichen Meinungsumfragen erinnern uns daran – ich glaube sie wollen mehr starkes, angesehenes, effizientes Europa. Jean Monnet sagte, wie ein weltlicher Prophet, daß Europa durch die Krisen entstehen würde, die zu überwinden ihm gelänge.

Dies war der beispiellose Erfolg dieser fünfzig Jahre. Hier in Berlin daran zu erinnern, hilft, uns ins Gedächtnis zu rufen, daß nach den größten menschlichen Katastrophen der Geschichte, die in der ersten Hälfte des XX. Jahrhunderts über Europa hereingebrochen sind, unsere Väter den größten demokratischen, zivilen und institutionellen Erfolg der Geschichte unseres Kontinents errungen haben.

Verlieren wir die Inspiration der Gründerväter nicht aus den Augen! Bestimmen wir gemeinsam, voll Mut und Zuversicht, die Ziele der Zukunft!